

## Berliner Sozialgipfel 2019

### Pressespiegel

|  |                     |            |
|--|---------------------|------------|
| Menschen-mit-Behinderungen finden kaum Wohnungen in Berlin | Berliner Zeitung    | 14.11.2019 |
| Kaum Wohnungen für Menschen mit Behinderung                | Tagesspiegel        | 14.11.2019 |
| Sozialgipfel in Berlin: Kaum angemessener Wohnraum         | Neues Deutschland   | 14.11.2019 |
| Viele Berliner haben Angst vor zu hoher Miete              | Berliner Morgenpost | 14.11.2019 |
| In Berlin fehlen barrierefreie Wohnungen                   | epd / taz           | 14.11.2019 |
| Der Gipfel der Gerechtigkeit                               | taz                 | 17.11.2019 |
| Sozialgipfel über Wohnraum                                 | kobinet             | 17.11.2019 |
| Rentner werden aus der Berliner Innenstadt verdrängt       | Berliner Morgenpost | 18.11.2019 |
| Verwirklichung sozialer Teilhabe, Senatorin Lompscher      | Facebook            | 18.11.2019 |
| Das Problem mit dem Wohnraum                               | rbb Abendschau      | 18.11.2019 |

<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/barrierefrei-leben-menschen-mit-behinderungen-finden-kaum-wohnungen-in-berlin-li.1408>

#### **Nicht barrierefrei**

### **Menschen mit Behinderung finden kaum Wohnungen in Berlin**

Sozialgipfel fordert zentrales Register, das alle geeigneten Objekte für Menschen mit Behinderung auflistet.

14.11.2019 - 18:27, Annika Leister

An bezahlbaren, barrierefreien Wohnungen mangelt es in Berlin.

Foto: Getty Images/Westend61

Berlin - Wohnungssuche in Berlin? Für Lars Hemme ein „Martyrium“. Die Suche ist für fast niemanden leicht zurzeit, die Lage ist angespannt, die Schlangen bei Wohnungsbesichtigungen sind lang. Doch für Hemme, 44 Jahre alt, ist es noch schwieriger, denn er sitzt im Rollstuhl. 24 Stunden am Tag wird er von einem Assistenten begleitet, der ihn im Alltag unterstützt – und wegen seiner Behinderung kommen für ihn ohnehin nur wenige Wohnungen infrage.

Für Menschen wie Lars Hemme will der zehnte Berliner Sozialgipfel ab Montag Lösungen diskutieren – und im besten Fall finden. Neun Gewerkschaften, Sozialverbände und Mietervereine sitzen einen Nachmittag zusammen und diskutieren die Frage: „Wohnen für alle!? Für eine soziale Stadtentwicklung“. Im Fokus stehen jene, die es bei Wohnungsbesichtigungen oft nicht einmal in die Schlange schaffen: Flüchtlinge, Alte, Menschen mit Behinderungen.

#### **Kaum barrierefreie Wohnungen**

Die Zahl der billigen, barrierefreien Wohnungen ist gering – und nicht gesammelt in einem Verzeichnis einsehbar. Wer zum Beispiel aktuell eine Zwei-Zimmer-Wohnung in Friedrichshain oder Kreuzberg sucht, erhält bei Immobilienscout 242 Angebote. Wer aber „stufenloses Wohnen“ als Bedingung anklickt („barrierefrei“ gibt es als Kategorie gar nicht erst), dem werden nur noch 53 Angebote angezeigt – viele davon mit Mieten weit über 1.000 Euro.



Lars Hemme arbeitet als Teilhabeberater beim Sozialverband VDK.

Foto: camcop media/Andreas Klug

Hemme kam vor anderthalb Jahren aus Paderborn nach Berlin – aus beruflichen Gründen. Er hatte vom Sozialverband VDK eine Stelle als „Ergänzend unabhängiger Teilhabeberater“ angeboten bekommen, eine vom Bund über das Teilhabegesetz geförderte Stelle. Ein Glückstag. „An den Tag der Zusage kann ich mich noch sehr genau erinnern“, sagt er und lächelt.

### **Jeder Umstieg mit den Öffentlichen birgt Probleme**

Erst stieg er zur Zwischenmiete in einer Wohnung am Gleisdreieck ab, die Bekannte ihm vermittelt hatten. Dann ging er wieder drei Monate lang auf die Suche – in Friedrichshain-Kreuzberg, einem der beliebtesten Bezirke Berlins. Ein anderer Bezirk kommt für Hemme eigentlich nicht in Frage, denn sein Arbeitsplatz liegt in der Nähe, und er muss nicht aufwendig umsteigen, wenn er mit den Öffentlichen unterwegs ist. Ein extrem wichtiger Faktor für Menschen im Rollstuhl, denn jeder Umstieg birgt die Gefahr, an einem kaputten Aufzug hängenzubleiben und sich zu verspäten.

Schließlich sagte Hemme bei einer Wohnung zu, die eigentlich überhaupt nicht für ihn taugt: Statt der nötigen drei hat sie nur zwei Zimmer. „Meine Assistenten müssen also auf der Couch schlafen. Das geht eigentlich gar nicht“, sagt Hemme. Eine Trennwand im Bad musste er entfernen lassen, damit er mit dem Rollstuhl überhaupt hineinpasst. Und die Wohnung ist mit 53 Quadratmetern einfach zu klein für Hemme und seinen Assistenten.

### **Der Sozialgipfel**

**Der Sozialgipfel:** Das zehnte Treffen befasst sich vor allem mit dem Thema Wohnen im Alter und Wohnen mit Handicap. Teilnehmer sind Betroffene, Experten aus Politik, Verwaltung und Wohnungsunternehmen, AWO, DGB, Sozialverband Berlin-Brandenburg und VDK.

**Zeit und Ort:** Der zehnte Sozialgipfel findet am Montag, 18. November, von 16.30 bis 19.30 Uhr, im Haus der IG Metall an der Alte Jakobstr. 149, 10969 Berlin statt. Schon jetzt kann man sich online anmelden auf der Homepage [www.berliner-sozialgipfel.de](http://www.berliner-sozialgipfel.de)

**Höhepunkte:** Um 16.45 Uhr spricht die Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung, Christine Braunert-Rümenapf zu inklusiver Wohnpolitik. Um 18.30 Uhr beantwortet die Berliner Bausenatorin Katrin Lompscher die Frage: „Was macht der Senat?“

Seine Hilfsgeräte, wie ein Schieberollstuhl und ein Hubarm für Treppenstufen, stehen in seinem engen Flur und müssen immer wieder umgeräumt werden. Trotz all dieser Nachteile sagt Hemme über seine Wohnung: „Ein Glücksfall. Mit Sozialhilfe hätte ich die nicht gekriegt.“

### **Berlin bräuchte rund 6500 Sozialwohnungen mehr**

„Gnadenlos“ nennt Reiner Wild vom Mieterverein die Konkurrenz für Haushalte „mit besonderen Bedarfen“ bei der Wohnungssuche in Berlin. Diese Menschen blieben häufig chancenlos. „Daran hat sich kaum etwas geändert.“ Zwar seien seit 2016 bis zum Halbjahr 2019 rund 40.000 neue Wohnungen in Berlin fertiggestellt worden. Doch die meisten dieser Wohnungen seien Eigentumswohnungen oder hochpreisig – und deswegen für Menschen mit besonderen Bedarfen „letztendlich ohne Interesse“.

Seit 2016 seien lediglich 3500 Sozialwohnungen fertiggestellt worden. Viel zu wenig, sagt Wild. Er geht davon aus, dass Berlin aktuell rund 10.000 bräuchte. Rein rechnerisch haben die städtischen Wohnungsbauunternehmen ihre Quote an Wohnungen für Haushalte mit besonderen Bedarfen zwar übererfüllt, sagt Wild, aber es reicht immer noch nicht.

### **In Berlin leben 631.000 Menschen mit Behinderung**

Auch private Investoren müssten sich deutlicher im sozialen Wohnungsbau engagieren, wenn es auf diesem speziellen Wohnungsmarkt-Segment tatsächlich so etwas wie eine Entlastung geben soll. Doch die privaten „sind nicht bereit zu Kooperationen“, so Wild.

Dabei trifft es so viele. Allein 631.000 Menschen mit Behinderung leben in Berlin – das sind 18 Prozent der Bevölkerung. Ursula Engelen-Kefer vom Behinderten- und Sozialverband SoVD hat ganz konkrete Forderungen für diese große Gruppe: Ein zentrales Register zum Beispiel, das alle geeigneten Wohnungen für Menschen mit Behinderung auflistet. „Wir brauchen einen Überblick, wie es in den einzelnen Bezirken überhaupt mit barrierefreien Wohnungen aussieht.“

### **Rechte von Mietern neu regeln**

Bei Neubauten sollten außerdem unbedingt Sachverständige für barrierefreies Bauen an Planung und Prüfung beteiligt sein. Die Architektenkammer bilde entsprechende Experten schon aus. Außerdem fordert Engelen-Kefer eine Bundesratsinitiative, die Rechte und Pflichten von Mietern mit Einschränkungen neu regelt. Zum Beispiel, dass Menschen, die eine Wohnung barrierefrei umbauen müssen, sie beim Auszug nicht auf eigene Kosten wieder zurückbauen müssen.

Wichtige Maßnahmen, die Lars Hemme erst einmal nicht weiter helfen. Er ist schon wieder auf der Suche nach einer neuen Wohnung. Oder immer noch, denn eigentlich beobachtet er den Wohnungsmarkt seit dem ersten Tag, als er in seine jetzige Wohnung einzog.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/von-der-privatwirtschaft-im-stich-gelassen-kaum-wohnungen-fuer-menschen-mit-behinderung/25230434.html>

14.11.2019, 19:25 Uhr

[Frank Bachner](#)

## **Von der Privatwirtschaft im Stich gelassen Kaum Wohnungen für Menschen mit Behinderung**

Der 10. Berliner Sozialgipfel sucht nach Lösungen für Probleme auf dem Wohnungsmarkt. Besonders Menschen mit Behinderung haben es dort schwer.

Ein Rollstuhl steht unter einer Treppe in einem Wohnhaus (Symbolbild).Foto: dpa

Eine Schlafsofa im Wohnzimmer, mehr kann er nicht anbieten. Seine Wohnung hat nur zwei Zimmer, und das Bad ist so klein, dass er eine Duschwand ausbauen musste, sonst hätte er es nicht richtig nützen können. Also schlafen seine fünf Assistenten abwechselnd auf der Couch, sie sind ja im Schichtdienst rund um die Uhr bei ihm. Der Sozialarbeiter Hemme ist auf sie angewiesen, er sitzt im Rollstuhl, behindert seit seiner Geburt. Ein genetischer Defekt.

Seit Dezember 2018 lebt er in dieser Wohnung in Kreuzberg, eigentlich als Übergangswohnung gedacht, bis er etwas Besseres, Größeres findet. Seit seinem Einzug sucht er. Bisher vergeblich.

Man könnte auch sagen: natürlich vergeblich. In Berlin fehlen tausende Wohnungen, und Behinderte wie Hemme stehen bei der Suche „ganz hinten in der Warteschlange“. Das sagt Reiner Wild, der Geschäftsführer des Berliner Mietervereins.

Um Menschen wie Lars Hemme, um Menschen, die aus verschiedenen Gründen, einen besonderen Förderbedarf haben, geht es am Montag [beim 10. Berliner Sozialgipfel](#). Er steht unter dem Titel „Wohnen für alle?!“, Gewerkschaften, Sozialverbände und Mieterverein Berlin analysieren dabei die Probleme und diskutieren über Lösungsmöglichkeiten.

**„Da kommt fast gar nichts.“**

Die Probleme zu benennen, ist sehr einfach. Bei einem gemeinsamen Gespräch mit mehreren Organisationen passiert das in Sekundenschnelle. Wild beklagt, dass es viel zu wenige Sozialwohnungen in der Stadt gibt. 40 000 Wohnungen sind seit Anfang 2016 entstanden, listet er auf, nur 3500 davon sind aber Wohnungen für Menschen mit besonderem Förderbedarf.

Gut, die städtischen Wohnungsbaugesellschaften sind verpflichtet, bei Neuvermietungen elf Prozent ihres Bestands [an solche Betroffenen zu vergeben](#), und die aktuelle Quote liegt sogar bei 16 Prozent, „aber das reicht noch nicht“, sagt Wild. Aber 16 Prozent ist immerhin eine gewisse Quote; wenn er an die Privatwirtschaft denkt, bleibt Wild nur noch ein Seufzer: „Da kommt fast gar nichts.“

### **Sozialverband stellt umfangreiche Forderungen**

Zumindest aber verfügt Wild über qualifizierte Zahlen. Ursula Engelen-Kefer, die Landesvorsitzende des Sozialverbands Deutschland, weiß nur, dass in Berlin 613.000 Menschen mit

Behinderung leben, aber nicht, wie viele barrierefreie Wohnungen es in der Hauptstadt gibt. Dazu gebe es keine verlässlichen Unterlagen. Ihre erste Forderung lautet deshalb: die Zahl dieser Wohnungen feststellen.

Zweite Forderung: Sachverständige sollen kontrollieren, dass bei Neubauten auch die Barrierefreiheit berücksichtigt wird. Laut Bauordnung, sagt Wild, müsse jede zweite, neu gebaute Wohnung barrierefrei sein.

Dritte Forderung von Engelen-Kefer: das Ende „eines unmöglichen Tatbestands“. Menschen, die ihre Wohnung behindertengerecht umbauen, müssen bei ihrem Auszug die Unterkunft wieder in den Originalzustand versetzen – auf eigene Kosten. Diese Vorschrift bringt die Sozialverbands-Chefin auf die Palme.

Auf dem Weg zur Inklusion sind noch einige Barrieren zu beseitigen. Foto: picture alliance/dpa

Und dann ist da noch die Geschichte mit den „Inklusionstaxis“. Viele behinderte Menschen sind auf solche Fahrdienste angewiesen, im Etat von Sozialsenatorin Elke Breitenbach (Linke) sei auch Geld für den Umbau von Taxis [auf Inklusionstauglichkeit](#) vorhanden, sagt Engelen-Kefer. Nur: Bisher hätten Taxiunternehmen kaum Förderanträge gestellt. Daran habe auch eine Änderung der Richtlinien nichts geändert. Ursprünglich hätte, so lautete die Vorgabe, ein Auto nicht älter als ein Jahr sein dürfen. Jetzt darf es maximal zwei Jahre auf den Straßen gerollt sein, um noch gefördert zu werden. Nächste Forderung des Sozialverbands also: mehr von diesen Inklusionstaxis.

Lars Hemme wäre schon mit einer neuen Wohnung zufrieden. Vier sind ihm seit 2018 angeboten worden, alle als behindertengerecht ausgewiesen. Viermal hat er abgelehnt. Aus einem einfachen Grund: „Die waren nicht besser als meine jetzige.“

+++++

<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1128625.sozialgipfel-in-berlin-kaum-angemessener-wohnraum.html>

## **Sozialgipfel in Berlin Kaum angemessener Wohnraum**

### **Sozialgipfel stellt arme, alte, behinderte und geflüchtete Menschen in den Mittelpunkt**

- Von Claudia Krieg
- 14.11.2019, 16:29 Uhr



Barrierefreies Wohnen muss mehr berücksichtigen als einen Fahrstuhl.  
Foto: imago images/McPHOTO

»Wir raten dem Senat dringend, sich parallel zum Mietendeckel verstärkt um die Durchsetzung des verbürgten Rechts auf angemessenen Wohnraum zu kümmern«, fordert der Geschäftsführer des Berliner Mietervereins, Reiner Wild, am Donnerstag.

Anlässlich des zehnten Berliner Sozialgipfels unter dem Titel »Wohnen für alle!?« stellen Vertreter\*innen von neun beteiligten großen Sozialträgern wie der Berliner Landesverband des Sozialverbands Deutschland (SoVD), die Volkssolidarität und der VDK Sozialverband ihre Positionen zu einer sozialen Stadtentwicklung vor. Dabei berufen sie sich gemeinschaftlich auf die Berliner Landesverfassung: »Jeder Mensch hat das Recht auf angemessenen Wohnraum.«

Angemessen heißt: bezahlbar, lebenswert, barrierefrei. In Berlin leben 631 000 Menschen mit Behinderungen, 700 000 sind über 65 Jahre alt, 22 000 Menschen leben in Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge. Zwischen 4000 und 10 000 Menschen sind obdachlos, die Zahl der Wohnungslosen geht darüber hinaus. Was bedeutet das Recht für sie?

»Wenn diese Berliner eine Wohnung brauchen, stehen sie in der sehr langen Schlange einer gnadenlosen Konkurrenz ganz weit hinten«, illustriert es Wild. Von den 40 000 in den letzten dreieinhalb fertiggestellten Wohnungen ließe sich nicht einmal ein Zehntel in dem Segment »angemessen« verorten: »Die 3500 neugebauten Sozialwohnungen sind bedeutungslos hinsichtlich des großen Bedarfs«, so Wild weiter. Mehr als 90 Prozent: hochpreisig und Eigentum. Das größte Problem: die private Wohnungswirtschaft selbst. Hier gebe es kein Interesse, die besonderen Bedarfe Hunderttausender Berliner\*innen zu berücksichtigen.

Das betrifft auch den Umbau von Bestandswohnungen, sagt die Landesvorsitzende des SoVD, Ursula Engelen-Kefer. Hier gebe es den »unmöglichen Tatbestand«, dass Mieter\*innen verpflichtet seien, die Einrichtungen bei Auszug auf eigene Kosten zurückzubauen. »Das muss abgeschafft werden«, verlangt die Landesvorsitzende. Darüber hinaus fordert sie die verpflichtende Beteiligung von Sachverständigen für barrierefreies und rollstuhlgerechtes Bauen bei jedem Neubauvorhaben. Noch immer werde hier die Rollstuhlgerechtigkeit regelmäßig missachtet. Das bestätigen auch die Vertreter\*innen vom VDK Sozialverband. Lars Helmer ist selbst Rollstuhlfahrer und kann aus eigener Erfahrung über die Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche berichten. Er habe Glück gehabt und nach neun Monaten eine Wohnung gefunden, von der aus er auch noch seinen Arbeitsplatz erreiche, ohne im öffentlichen Nahverkehr »stecken zu bleiben«: Nicht funktionierende Aufzüge sind keine Seltenheit an Berliner U-Bahnhöfen. Er kenne viele Rollstuhlfahrer\*innen, so Helmer, die deshalb zu Hause bleiben würden.

Seine Kollegin Henrike Weber verweist auf den Aspekt der viel zu niedrig angesetzten Kosten der Unterkunft (KdU) von Rollstuhlfahrer\*innen mit Hartz-IV-Bezug: »Es gibt nicht genug Bewegungsfläche, keinen Platz für Hilfsmittel und die Assistenten müssen im Wohnzimmer auf der Couch schlafen.« Die Volkssolidarität konzentriert sich beim Sozialgipfel auf die Forderung nach Wohnberechtigung für Flüchtlinge.

Ein anderes Projekt für Barrierefreiheit ist derweil völlig ins Stocken geraten: die sogenannten Inklusionstaxis. Die Sozialverwaltung von Senatorin Elke Breitenbach (LINKE) hat bereits vor sechs Monaten einen Etat für den rollstuhlgerechten Umbau von 250 Fahrzeugen beim Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) bereitgestellt. Allein: die in der Berliner Taxi-Innung versammelten Firmen rufen das Geld nicht ab.

Es gibt viel Diskussionsbedarf beim Berliner Sozialgipfel, der am Montag um 16.30 Uhr im Gewerkschaftshaus der IG Metall beginnt.

<https://www.morgenpost.de/berlin/article227652355/Viele-Berliner-haben-Angst-vor-zu-hoher-Miete.html>

## **Sozialer Wohnungsbau**

### **Viele Berliner haben Angst vor zu hoher Miete**

Arme Rentner, Menschen mit Behinderung, Flüchtlinge - sie haben auf dem Wohnungsmarkt kaum Chance.

14.11.2019, 17:50

*Susanne Leinemann*

Ein Leben im Altenheim muss man sich leisten können.

**Foto:** dpa Picture-Alliance / Ulrich Baumgarten / picture alliance / Ulrich Baumga

„Besondere Bedarfsgruppen“ – der Ausdruck kommt so sachlich daher, doch dahinter stehen Schicksale. Zu „Besondere Bedarfsgruppen“ gehören Menschen, die sozial schnell benachteiligt werden: alte Menschen mit kleiner Rente, Menschen mit Behinderung, Flüchtlinge. Sie haben es auf dem Wohnungsmarkt besonders schwer. „Besondere Bedarfsgruppen sind die, die in der Bewerberschlange immer ganz hinten stehen“, meint Reiner Wild, Geschäftsführer des Berliner Mietervereins. Steigende Mieten seien für sie eine existentielle Bedrohung.

### **Kann ich mir meine Wohnung noch leisten? Ein Aufregerthema in Berlin**

Beim 10. Berliner Sozialgipfel, der am 18. November stattfindet, steht diese Gruppe im Zentrum. „Wohnen für alle?!“ heißt das Oberthema diesmal, das am Donnerstagvormittag der Presse im Haus des Sozialverbandes vorgestellt wurde. Ein Aufregerthema, das nicht erst seit dem Mietendeckel viele in der Stadt beschäftigt. „Der Sozialgipfel diskutiert immer die ganz großen Fragen“, sagt Christian Hoßbach, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Berlin-Brandenburg. Die Wohnungswirtschaft müsse endlich auch an das Gemeinwohl denken. Sozialer Wohnungsbau wird beim Gipfel eine zentrale Rolle spielen.

Oder auch behindertengerechtes Wohnen. Ursula Engelen-Kefer, die viele ja noch aus dem DGB als stellvertretende Vorsitzende kennen, ist nun Berliner Vorsitzende des Sozialverbands Deutschland (SoVD). In der Hauptstadt leben 631.000 Menschen mit Behinderung, erzählt sie, das sind 18 Prozent der Bevölkerung. Doch noch immer werde bei großen Neubauprojekten nicht barrierefrei gebaut. Eine Forderung des SoVD sei deshalb, dass bei allen Neubauprojekten verpflichtend Sachverständige für barrierefreies Bauen anwesend sind.

### **Flüchtlingen fehlt oft Aufenthaltserlaubnis für einen Wohnberechtigungsschein**

Der Vorstandsvorsitzende der Volkssolidarität Berlin, Uwe Klett, betont dagegen das Thema Flüchtlinge und Wohnen. „Wer sich in dieser Stadt aufhält, wer hier lebt, muss die Möglichkeit haben, an der Gesellschaft teilzunehmen“, meint er. Wohnen sei dafür elementar – aber eben nicht abgeschottet in Flüchtlingscontainern. Doch einen Wohnberechtigungsschein gebe es für Flüchtlinge erst, wenn sie eine Aufenthaltsgenehmigung über elf Monate besäßen. Bei vielen sei das nicht der Fall.

Alles hochpolitische Themen. Wie gut, dass für die Schlussdiskussion eine Politikerin eingeladen wurde: Die Senatorin für Stadtentwicklung, Katrin Lompscher (Linke), beantwortet dann die Frage: „Was macht der Senat?“

*10. Berliner Sozialgipfel am 18. November ab 16.30 Uhr im IG-Metall Gewerkschaftshaus (Alte Jakobstraße 149). Anmeldung unter: [www.berliner-sozialgipfel.de](http://www.berliner-sozialgipfel.de)*

+++++

## **Sozialverbände In Berlin fehlen barrierefreie Wohnungen**

epd, 14.11.2019

Berlin (epd). In Berlin fehlen nach Angaben von Sozialverbänden barrierefreie und rollstuhlgerechte Wohnungen. Haushalte mit behinderten Menschen seien "bei der gnadenlosen Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt" um preisgünstigen Wohnraum sehr stark benachteiligt, kritisierte der Geschäftsführer des Berliner Mietervereins, Reiner Wild, am Donnerstag in Berlin. Unter den zwischen 2016 und 2019 in Berlin etwa 40.000 neu gebauten Wohnungen seien nur 3.500 Sozialwohnungen, von denen der größte Teil nicht barrierefrei sei.

Deswegen zögen Menschen mit Behinderungen in der Regel den Kürzeren, sagte Wild. Gebraucht werden nach seinen Angaben 10.000 neue Sozialwohnungen pro Jahr. Die Vorgabe des Senats, dass jede zweite Neubau-Wohnung barrierefrei sein muss, sei zwar löblich, ändere aber nichts an dem bestehenden Mangel, rügte Wild. Wichtiger sei, die Bestandsgebäude entsprechend umzubauen.

Die Berliner Landesvorsitzende des Sozialverbandes Deutschland (SoVD), Ursula Engelen-Kefer, kritisierte fehlende Daten über das Angebot barrierefreier Wohnungen. In Berlin lebten 631.000 Menschen mit Behinderungen, das seien 18 Prozent der Bevölkerung. "Wie es in den einzelnen Bezirken mit barrierefreien Wohnangeboten aussieht, weiß aber niemand", sagte Engelen-Kefer.

Der SoVD fordere deshalb eine Datenbank. Zudem sollte bei Neubauten ein Sachverständiger für barrierefreies Bauen verpflichtend hinzugezogen werden müssen. Bezahlbarer Wohnraum ist zentrales Thema des 10. Berliner Sozialgipfels am kommenden Montag.

+++++

Gleichlautend in taz vom [15. 11. 2019](https://taz.de/%215638392/), Ausgabe 12087, Berlin, S. 22: <https://taz.de/%215638392/>

## **Zu wenig Barrierefreies Wohnen ist schwer**

In Berlin fehlen nach Angaben von Sozialverbänden barrierefreie und rollstuhlgerechte Wohnungen. Menschen mit Behinderungen seien bei der Konkurrenz auf dem Berliner Wohnungsmarkt bei der Vergabe von preisgünstigem Wohnraum „stark benachteiligt“, kritisierte der Geschäftsführer des Berliner Mietervereins, Reiner Wild. Unter den zwischen 2016 und 2019 in Berlin etwa 40.000 neu gebauten Wohnungen seien nur 3.500 Sozialwohnungen. Der größte Teil davon sei nicht barrierefrei, sodass Behinderte „den Kürzeren ziehen“, so Wild. Gebraucht würden 10.000 neue Sozialwohnungen pro Jahr. Bezahlbarer Wohnraum ist zentrales Thema des 10. Berliner Sozialgipfels am kommenden Montag. (epd)

+++++

<https://taz.de/Berliner-Sozialgipfel/!5638619/?goMobile2=157334400000>

17. 11. 2019

[Manuela Heim](#)  
[Redakteurin, Berlin](#)

## **Berliner Sozialgipfel**

### **Der Gipfel der Gerechtigkeit**

Was kann Berlin tun, damit Benachteiligte Chancen auf dem Wohnungsmarkt haben? Diese Frage stellt der 10. Berliner Sozialgipfel am Montag.

In Berlin fehlten Tausende barrierefreie Wohnungen, kritisiert der Sozialgipfel Foto: dpa

Mietendeckel – und alles prima? Mitnichten, sagt nicht nur der Geschäftsführer des Berliner Mietervereins, Reiner Wild. Wie viele andere VertreterInnen benachteiligter Menschen auf dem Mietmarkt ist auch Wild der Überzeugung: Der im Oktober beschlossene Mietendeckel, der die Hauptstadtmieten für fünf Jahre einfrieren und teils nach unten korrigieren soll, ist ein wichtiger Schritt, reicht aber nicht aus. Für ältere und arme Menschen, Menschen mit Behinderung und Geflüchtete bleibe die Situation weiter existenzbedrohend.

Der 10. Berliner Sozialgipfel widmet sich an diesem Montagnachmittag daher der Wohnungsfrage. Dafür kommen Vertreter:innen von Mieter- und Sozialverbänden sowie Gewerkschaften mit Vertreter:innen der Politik zusammen.

Einige konkrete Forderungen haben die teilnehmenden Organisationen bereits im Vorfeld formuliert. So erfüllen zwar die landeseigenen Wohnungsunternehmen die ihnen vorgegebene 11-Prozent-Quote für Vermietungen an Menschen mit besonderen Bedarfen – etwa Wohnungslose – sogar über. Dennoch stehen damit gerade mal 2.500 Wohnungen für die zur Verfügung, die sonst keine Chance auf dem Wohnungsmarkt haben.

Der Bedarf sei zehnmal höher, schätzt Wild und fordert die Anhebung der Quote auf 25 Prozent. „Aber auch das wird nicht reichen, solange es keine Vereinbarungen mit privaten Vermietern gibt.“ Angesichts des aktuellen Wohnungsmarkts und der durch den Mietendeckel vergrätzten Vermieter sei die Ausgangslage für Vereinbarungen aber „denkbar schlecht“. Daher wird man auch beim Sozialgipfel auf den Neubau von Sozialwohnungen pochen.

### **Barrierefreie Wohnungen fehlen**

Besonders schwer haben es Menschen mit Behinderung auf dem Wohnungsmarkt, so Ursula Engelen-Kefer, Vorsitzende des Sozialverbands Deutschland SoVD Berlin-Brandenburg. Rund 613.000 Menschen mit Behinderung gibt es in Berlin, rund 18 Prozent der Bevölkerung. Für sie fehlen Tausende barrierefreie und rollstuhlgerechte Wohnungen. „Wir wissen nicht einmal, wie hoch der Fehlbestand genau in den Bezirken ist, das muss dringend erhoben werden“, so Engelen-Kefer.

Die novellierte Berliner Bauordnung sieht zwar vor, dass ab 2020 die Hälfte aller neu gebauten Wohnungen barrierefrei sein muss. Aber das werde nicht genügen, zumal Sozialverbände bereits dreierlei bemängeln: Die in der Bauordnung festgelegten Anforderungen reichten für Rollstuhlfahrer nicht aus. Sachverständige für Barrierefreiheit im Bau bildet die Berliner Architektenkammer zwar aus – aber anders als etwa bei Sachverständigen für

Brandschutz ist ihr Einsatz keine Pflicht. Und drittens: Schon jetzt versuchten Bauherren, ihre Pflichten in Sachen Barrierefreiheit durch Ausnahmegenehmigungen zu umgehen. Hier müsse Berlin gegensteuern, so die Vertreterinnen der Sozialverbände.

Uwe Klett, Vorsitzender der Berliner Volkssolidarität, kritisierte im Vorfeld des Gipfels, dass geflüchtete Menschen noch immer zu Tausenden in Gemeinschaftsunterkünften hausen müssten. Er forderte anonyme Bewerbungsverfahren bei den landeseigenen Wohnungsunternehmen, um Diskriminierung zu verhindern. Geflüchtete sollten auch leichteren Zugang zu Wohnberechtigungsscheinen haben. Bislang ist dies an eine Aufenthaltserlaubnis geknüpft, die noch mindestens 11 Monate lang gültig sein muss.

Ihren Forderungen wollen Sozialverbände, Gewerkschaften und Mieterverein am Montag nachmittag im Haus der IG Metall an der Alten Jakobstraße unter anderem im Gespräch mit Bausenatorin Katrin Lompscher (Linke) Nachdruck verleihen. Selbsterklärtes Ziel des 2010 begründeten Sozialgipfels ist eine soziale und gerechte Politik für die Stadt.

+++++++

<https://kobinet-nachrichten.org/2019/11/17/sozialgipfel-ueber-wohnraum/>

## **Sozialgipfel über Wohnraum**

Veröffentlicht am [17.11.2019 - 14:15](#) von Autor Franz Schmahl kobinet Berlin

Berlin (kobinet) Der zehnte Berliner Sozialgipfel diskutiert morgen über den dramatischen Mangel an bezahlbaren barrierefreien Wohnungen. "Gnadenlos" nennt Reiner Wild vom Mieterverein die Konkurrenz für Haushalte "mit besonderen Bedarfen".

Gewerkschaften, Sozial- und Mieterverbände suchen nach Lösungen auf die brennende Frage "Wohnen für alle!?" Auf ihrer gemeinsame [Webseite haben sie ein Positionspapier](#) veröffentlicht.

Die Zahl der billigen, barrierefreien Wohnungen ist gering - und nicht gesammelt in einem Verzeichnis einsehbar", so die Berliner Zeitung. Ursula Engelen-Kefer vom Soziaverband Deutschland in Berlin fordert ein Register, das alle geeignete Wohnungen für Menschen mit Behinderung auflistet.

Lars Hemme arbeitet als Teilhabeberater beim Sozialverband VdK. Vor anderthalb ist der auf Assistenz angewiesene Mann im Rollstuhl von Paderborn nach Berlin gezogen. Noch immer ist der 44-Jährige auf der Suche nach einer geeigneten Wohnung.

Im Abgeordnetenhaus wurde 2014 ein Fehlbedarf von mehr als 41 000 behindertengerechten Wohnungen festgestellt. Aktuelle Zahlen gibt es bisher nicht. "Wenn pro Jahr etwa tausend barrierefreie Wohnungen entstehen, ist das nur ein Tropfen auf den heißen Stein", meint Dominik Peter vom Berliner Behindertenverband. Angebote barrierefreier Wohnungen sind für die Betroffenen finanziell meist unerschwinglich.

+++++++

## **Berliner Sozialgipfel Rentner werden aus der Berliner Innenstadt verdrängt**

Senioren können sich Mieten in den Berliner Innenstadtbezirken nicht mehr leisten. Sie ziehen an den Stadtrand – oft unfreiwillig.

18.11.2019, 05:00

*Isabell Jürgens*

Immer mehr Senioren können sich eine Wohnung in der Innenstadt nicht mehr leisten (Symbolbild).

**Foto:** dpa

Berlin. Beinahe jeder fünfte Berliner ist heute älter als 65 Jahre – Tendenz stark steigend. Der Berliner Sozialgipfel an diesem Montag in Kreuzberg befasst sich daher mit einem der drängendsten Probleme in der Stadt: „Immer mehr Berliner stehen im Alter durch steigende Mieten vor existenziellen Problemen“, sagt Christian Hoßbach, Vorsitzender des DGB Berlin-Brandenburg. In Zeiten wachsender Altersarmut gelte es, auf einem angespannten Wohnungsmarkt das Zuhause sichern. Denn: Die meisten Senioren leben am Stadtrand – und das nicht immer ganz freiwillig.

Im Bezirk Mitte sind nur 13 Prozent, in Friedrichshain-Kreuzberg sogar nur zehn Prozent der Bewohner älter als 65, wie aus den aktuellen Zahlen des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg hervorgeht. In den Stadtrand-Bezirken Marzahn-Hellersdorf (19 Prozent), Spandau (22 Prozent), Treptow-Köpenick (23 Prozent), Reinickendorf (24 Prozent) und Steglitz-Zehlendorf (25 Prozent) leben gut doppelt so viele Senioren.

Die Gründe sind vielfältig. Die Bevölkerungsstruktur in Mitte sei von einem hohen Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund geprägt, „die bekannter Weise eine jüngere Altersstruktur vorwiesen, als die deutsche Bevölkerung“, nennt Jeffrey Butler, zuständig für die Gesundheits- und Sozialberichterstattung im Bezirksamt Mitte, einen Grund. Die jetzige Entwicklung liege aber auch am hohen Mietniveau in diesen Bezirken: „Wenn ältere Menschen sterben, beziehungsweise ihre Wohnungen verlassen müssen, wird ihre Wohnung freigegeben und mit Sicherheit mit einer höheren Miete wieder auf den Wohnungsmarkt kommen“, so Butler. Gerade in Szenebezirken werden die Nachmieter, welche sich die höhere Miete leisten können, höchstwahrscheinlich nicht alt sein, sagt der Experte.

Vor diesem Hintergrund hatte der Bezirk im Juli an 7000 Senioren Fragebögen zur Zufriedenheit versandt. Immerhin 1600 Senioren haben geantwortet, die Auswertung läuft derzeit, Ende Januar sollen die Ergebnisse vorliegen.

Friedrichshain-Kreuzberg sei zwar der Bezirk mit den wenigsten Senioren, doch „die Zahl der älteren Einwohner nimmt seit Jahren zu“, sagt Stefanie Kunze, Bezirksamts-Sprecherin. Zwischen 2007 und 2018 sei die Zahl der 55- bis unter 65-Jährigen um rund 7700 Menschen gewachsen und die Zahl der über 65-Jährigen um 1800 Menschen. „Da der Bezirk im gleichen Zeitraum eine hohe Zuwanderung in den anderen Altersgruppen sowie relativ hohe Geburtenzahlen aufwies, ist der Anteil der älteren Einwohner allerdings kaum gestiegen“, so Kunze. Der demografische Wandel gehe am Bezirk also nicht vorbei, er verlaufe nur langsamer.

Überdies zögen ältere Menschen öfter an den Stadtrand, weil sie dort einerseits die Einrichtungen und die Angebote fänden, die sie sich wünschten oder sich andererseits die

Mieten in den aufgewerteten Innenstadtquartieren nicht mehr leisten könnten. „Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg gehört zu den Bezirken, die eine beispiellose soziale Aufwertung erfahren haben“, so Kunze. So sei die Quote der Menschen mit überdurchschnittlich hohem Einkommen im Bezirk trotz der großen Anstrengungen zur Erhaltung der Kreuzberger Mischung stärker gestiegen als andernorts.

Friedrichshain-Kreuzberg ist in Bezug auf den Anteil der Einkommensreichen von Rang 10 im Jahr 2001 (vorletzter Platz mit Neukölln) auf den vierten Rang im Jahr 2018 „geklettert“. Diese an sich erfreuliche Entwicklung geht jedoch an den älteren Bürgern vorbei, deren Renten der Entwicklung nicht folgen. So belaufen sich die Renten im Osten der Stadt auf durchschnittlich 1128 Euro netto und im West-Teil auf 902 Euro (Stand: Ende 2017).

Sind Senioren aus gesundheitlichen Gründen oder etwa nach dem Tod des Partners gezwungen umzuziehen, müssen sie laut aktuellem Wohnmarktreport der Immobilienbank Berlin Hyp und des Immobiliendienstleisters CBRE in den Innenstadt-Bezirken Charlottenburg-Wilmersdorf, Friedrichshain-Kreuzberg und Mitte im Schnitt zwischen zwölf und 13 Euro pro Quadratmeter nettokalt bezahlen.

+++++

[https://www.facebook.com/permalink.php?id=1495386077216471&story\\_fbid=2610011899087211](https://www.facebook.com/permalink.php?id=1495386077216471&story_fbid=2610011899087211)

## Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen

18.11.2019

Auf dem 10. Berliner Sozialgipfel erklärt [Katrin Lompscher](#) wie Berlin Wohnen für Menschen mit Behinderungen, Ältere und Geflüchtete fördert: "Die Verwirklichung sozialer Teilhabe für alle ist eine unserer wichtigsten Prämissen. Danach handeln wir und daran lassen wir uns messen."



+++++

[https://www.rbb-online.de/abendschau/videos/20191118\\_1930/sozialgipfel-problem-mit-wohnraum.html](https://www.rbb-online.de/abendschau/videos/20191118_1930/sozialgipfel-problem-mit-wohnraum.html)



Bild: rbbMo 18.11.2019 | 19:30 | Abendschau

Beitrag: 6min10sek

Video in der ARD Mediathek verfügbar bis 25.11.2019 – 23:59 Uhr

<https://www.ardmediathek.de/rbb/player/Y3JpZDovL3JiYi1vbmxpbnUuZGUvYWJlbnRzY2hhdS8yMDE5LTE4VDE5OjMwOjAwXzBmYjViYTBlTmOGEtNDA1ZC1hNDE2LTlyYjZhN2YwZTdIMs9zb3ppYWxnaXBmZWwtdHJvYmxlbS1taXQtd29obnJhdW0/>

## **10. Berliner Sozialgipfel Das Problem mit dem Wohnraum**

Der angespannte Berliner Wohnungsmarkt mit seinen dramatisch gestiegenen Mieten vertieft die soziale Spaltung in der Stadt. Menschen im höheren Lebensalter, mit Behinderung oder Flucht-hintergrund stehen dabei vor besonders gravierenden Problemen. Wir zeigen, wie schwierig es ist, eine barrierefreie Wohnung zu finden und schalten live zum Sozialgipfel.

**Beiträge von Andreas Jöhrens und Sylvia Wassermann, Livebericht von Florian Eckardt**

Stand vom 18.11.2019

+++++